Heute unter anderem zu folgenden Themen: Proteste in Spanien; Euro-Krise; Der deutsche Staat spart zu wenig; Regierung droht Kita-Blamage; Zuviel Herz für Männer; Wider den Populismus; Der Sündenfall der Kassen; Rente mit 69; Zivis hinterlassen große Lücken; Warum immer mehr Menschen ihre Krankheit verleugnen; Sexskandal bei Ergo; EU: Trickserei bei Entwicklungshilfe geht weiter; Deutsche Bank finanziert Gaddafis Streubomben; Unter einem schlechten Stern; Krieg in Libyen; G-8 verschleiern mit unseriösen Rechentricks nicht eingelöste Hilfszusagen; Die "Bild"-Blase; Oscar-prämierte Doku "Inside Job" auf Blu-ray; Zu guter Letzt: Georg Schramm beim Kleinkunstpreis Baden-Württemberg 2011 (MB/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Proteste in Spanien
2. Euro-Krise
3. Der deutsche Staat spart zu wenig
4. Regierung droht Kita-Blamage
5. Zuviel Herz für Männer
6. Wider den Populismus
7. Der Sündenfall der Kassen
8. Rente mit 69
9. Zivis hinterlassen große Lücken
10. „Ich muss gesund sein„ Warum immer mehr Menschen ihre Krankheit verleugnen
11. Sexskandal bei Ergo:"Mordsspaß" mit Prostituierten für die Truppe von Herrn Kaiser
12. EU: Trickserei bei Entwicklungshilfe geht weiter
13. Deutsche Bank finanziert Gaddafis Streubomben
14. Unter einem schlechten Stern
15. Krieg in Libyen
16. G-8 verschleiern mit unseriösen Rechentricks nicht eingelöste Hilfszusagen
17. Die "Bild"-Blase
18. Oscar-prämierte Doku "Inside Job" auf Blu-ray
19. Zu guter Letzt: Georg Schramm beim Kleinkunstpreis Baden-Württemberg 2011

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Proteste in Spanien**
    a. **Protestcamps in fast jeder Stadt**

Trotz des Verbots der Wahlaufsicht gehen wieder zehntausende Spanier gegen die Regierung auf die Straße. Medien lancieren Verschwörungstheorien.
Kein noch so großes Polizeiaufgebot, keine noch so regnerische Gewitternacht und kein Urteil der Wahlkommission können die Proteste in Spanien für "Echte Demokratie-jetzt!" stoppen. In fast allen Städten wurden Protestcamps errichtet. Auf der Puerta de Sol in Madrid kamen am Mittwoch abend erneut über zehntausend Menschen zusammen. Längst sind es nicht nur Jugendliche. Familien, Rentner und auch immer mehr Immigranten demonstrieren gegen die Auswirkung der Krise und die politische Klasse. […] Konservative Medien sehen hinter den Protesten den langen Arm des Innenministeriums und der Geheimdienste. "Das Phänomen liegt auf der Linie der arabischen Revolten. Dort wollen sie wählen, hier sagen sie, das bringt nichts", trifft der sozialistische Ex-Premier Felipe González den Geist der Bewegung.
Quelle: taz

b. **Spanische Leviten**
Madrid, Cádiz, Málaga am 15. Mai 2011: Trotz Sonne keine Sonntagsstimmung: Landesweit demonstrieren Spanier aus allen Bevölkerungsschichten, Akademiker, Bauarbeiter, Studenten, Rentner, Arbeitslose für einen Politik- und Strukturwandel. Zum den Kundgebungen hatte u. a. die Bürgerrechts – Organisation „Democracia Real YA!" (= „Echte Demokratie JETZT!"), welche ihre Aktivitäten und Nachrichten, wie viele ähnliche Organisationen auch, stets über Facebook mitteilt.
Quelle 1: Der Freitag
Quelle 2: Der zweite Teil des Artikels (Der Freitag)

2. **Euro-Krise**
   a. **Entwurf für einen Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitäsmechanismus (ESM)**
   Quelle: Vertragsentwurf Einrichtung ESM [PDF – 160 KB]
   b. **Rebellion der Eliten**
   Scharfe Kritik an den deutschen Diktaten in der Euro-Krise übt ein spanischer Regierungsberater. Wie José Ignacio Torreblanca, Leiter des Madrider Büros des European Council on Foreign Relations (ECFR), in einem aktuellen Pressebeitrag erklärt, benutzten einige Staaten, "angeführt von Deutschland", die Krise, um anderen souveränen EU-Mitgliedern ihr Wirtschaftsmodell aufzuzwingen. Werde dies nicht unterlassen, dann werde die EU bald den Ruf genießen, den der Internationale Währungsfonds (IWF) in den 1980er und 1990er Jahren in vielen Ländern Asiens und Lateinamerikas gehabt habe: nämlich ein Werkzeug zum Oktroy sozial äußerst schädlicher ökonomischer Zwangsprogramme zu sein.

Damit riskiere man “das Ende Europas”. Die gestrige Forderung der deutschen Kanzlerin, Griechenland und weitere Staaten Südeuropas müssten ihr Renteneintrittsalter deutlich anheben, bestätigt Torreblancas Kritik. Der Madrider Experte äußert den Verdacht, angesichts der boomenden Geschäfte besonders mit China entwickle sich Südeuropa für Deutschland zum ökonomischen Ballast, den abzuwerfen man in Berlin nicht mehr ausschließe. Torreblanca warnt vor einem “neuen Deutschland”, dessen Eliten dabei seien, ihr bisheriges Interesse an Europa zu verlieren.
Quelle: German Foreign Policy

c. **Ausflug ins Populistische**
Kanzlerin Angela Merkel prangert an, dass es in den verschuldeten Eurostaaten ein zu frühes Renteneintrittsalter und zu viele Urlaubstage gebe. In der Bevölkerung dürfte diese Aussage gut ankommen – doch die Fakten entlarven sie als populistisch.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung MB: *Da die Süddeutsche einen wesentlich größeren Verbreitungsradius hat als die Nachdenkseiten, ist es doch sehr schön, dass die Redakteure mit etwas anderer Sprache und wenigen Stunden zeitlicher Differenz zu sehr ähnlichen Kommentaren kommen wie Jens Berger auf den Nachdenkseiten; s. „Die Kanzlerin der Stammtische“*

dazu: Jakob Augstein – Merkel tauscht Europa gegen Stammtisch
Die Parolen der Bundeskanzlerin über arbeitsscheue Südeuropäer sind gefährlich. Sie befördern den europaskeptischen Rechtspopulismus. Und sie sind verlogen: Die deutsche Wirtschaft profitiert von den Schulden der anderen.
Quelle: Spiegel

3. **Der deutsche Staat spart zu wenig**
Welche Rolle soll der Staat in der Wirtschaft übernehmen? Darüber diskutieren rund 180 Experten auf dem 10. “Munich Economic Summit”. Der Gastgeber, Ifo-Chef Hans-Werner Sinn, nennt Lösungsvorschläge schon jetzt im Interview.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung unseres Lesers M.A.: *Wieder einmal stellt Herr Sinn in diesen Interview neoliberales Gedankengut dar, indem er die private Vorsorge in der Zukunft hervorhebt. Dabei braucht er garnicht in die Zukunft zu schweifen. Was passiert, wenn Menschen auf private Vorsorge setzen hat man doch in den letzten zwei Jahren beobachten können. Kein Wort über die Risiken die solch eine Vorsorge bedeutet, kein*

Wort darüber, daß sich ein Großteil schlicht und ergreifend keine "private Vorsorge" leisten kann… Aus den Augen, aus den Sinn.

Ergänzende Anmerkung MB: *Dass Professor Sinn Jahre lang im Aufsichtsrat des Versicherungskonzerns Hypovereinsbank saß und so viel Geld als gekaufter Experte verdiente, spielt hier offensichtlich keine Rolle. Dabei ist diese Forderung in einem Satz noch harmlos; er fordere vor einigen Jahren die Pflicht-Riester-Rente und niemand bei den Medien schämte sich dafür, das zu übernehmen.*

passend dazu: Private Rente bringt immer weniger Rendite
Quelle: Welt

Anmerkung J.A.: *Geistige Verrenkungen, mit denen das völlige Scheitern der privaten Altersvorsorge begründet und beschönigt wird.*

4. **Regierung droht Kita-Blamage**
   Die Bundesregierung läuft Gefahr, dass es 2013 zu wenig Krippenplätze für die Kleinsten gibt und Zehntausende Eltern ihren Rechtsanspruch einklagen. Vor allem in Großstädten in Westdeutschland zeichnet sich eine Unterversorgung ab. Dies ergibt sich aus einer aktuellen Evaluierung des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts im Auftrag des Familienministeriums. Läuft der Ausbau weiter wie bisher, würden dann bis zu 40.000 Betreuungsplätze für die Ein- bis Dreijährigen in Deutschland fehlen. Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bremen werden nach Einschätzung der Forscher das Ausbauziel von 35 Prozent kaum mehr erreichen. Auch Bayern dürfte es binnen den nächsten drei Jahren schwerlich schaffen, für jedes dritte Kind unter drei Jahren eine Betreuung zu realisieren. Damit droht der Regierung ausgerechnet im Jahr der Bundestagswahl eine politische Pleite, wenn sich ihr Krippen-Versprechen als unhaltbar herausstellen sollte.
   Quelle: FTD
5. **Zuviel Herz für Männer**
   Goslars Gleichstellungsbeauftragte wurde abberufen
   Am Dienstag abend berief der Goslarer Stadtrat die bisherige Gleichstellungsbeauftragte Monika Ebeling ab. Ein erweitertes Jobverständnis wurde der Sozialdemokratin zum Verhängnis. Ebeling setzte sich nämlich auch für Männer ein. […]
   Viel zu lange sei Gleichstellungsarbeit ausschließlich aus der Perspektive der Frauen betrachtet und umgesetzt worden, sagte Ebeling vor der Ratssitzung. Sie stehe deshalb »für eine moderne Gleichstellungspolitik des Miteinanders von Männern und Frauen«. Dies bedeute keinesfalls, daß eine spezielle Frauenförderung nicht mehr

angesagt sei. »Überall da, wo Frauen benachteiligt sind, ist sie gefordert. Das Gleiche gilt aber eben auch für Benachteiligung von Männern.«
Quelle: Junge Welt

dazu: Entlassene Gleichstellungsbeauftragte im Gespräch – "Männer werden benachteiligt"
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung Jens Berger: *Warum nennt man dann die „Gleichstellungsbeauftragte" nicht wieder „Frauenbeauftragte"?*

6. **Wider den Populismus**
   Studie zu Familienarmut räumt auf mit Klischee von faulen Arbeitslosen, die an ihren Kindern sparen […]
   Das Klischee vom faulen, schmarotzenden und verwahrlosten Hartz-IV-Empfänger ist auch deshalb so hartnäckig, weil es sich schwer widerlegen läßt. Als Opfer ständiger Diffamierungen ziehen Betroffene eher verschämt den Kopf ein, als Einblicke in ihren oft bedrückenden Alltag zu geben. Von besonderem Wert ist deshalb eine neuere Studie des Diakonischen Werks Braunschweig und der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz, die Ende April vorgelegt wurde. Laut Initiatoren handelt es sich dabei um die »wohl umfangreichste Untersuchung zum Thema Familienarmut, die in den letzten fünf Jahren auf kommunaler Ebene durchgeführt wurde«. In ihrem Rahmen haben 311 Familien mit geringem Einkommen, die ALG II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kinderzuschlag erhalten, in umfassenden Interviews ihre Lebenswirklichkeit zur Sprache gebracht.
   Die Erhebung »Wirksame Wege … gestalten«, räumt dabei mit einer Reihe gängiger Vorurteile auf. Dazu gehört jenes, wonach Eltern im Leistungsbezug vornehmlich an ihren Kindern sparen würden. Gefragt nach den Dingen, auf die wegen Geldmangels verzichtet werde, steht der Bedarf der Kinder mit einer Nennung von 24 Prozent auf dem letzten von 14 Rangplätzen. Zu den am häufigsten genannten Verzichtskategorien zählen dagegen Urlaub (93 Prozent), Kleidung (89), Kulturangebote (88), Geschenke (70), Sport (64) und Fortbewegung (62). Immerhin noch 58 Prozent der Befragten machen Abstriche bei Kaffee, Alkohol und Zigaretten. Damit müßte sich auch das Zerrbild vom saufenden, rauchenden, vor dem Fernseher lungernden Familienvaters erledigt haben.
   Quelle 1: Junge Welt
   Quelle 2: Wirksame Wege… gestalten [PDF – 4.6 MB]
7. **Der Sündenfall der Kassen**
   Das Verhalten der Krankenkassen gegenüber den Versicherten der City BKK ist

hässlich: Die Kassen wollen mit den Armen, Alten und Siechen der insolventen City BKK nämlich nichts zu tun haben.
Die Private Krankenversicherung ist der Inbegriff des Unsozialen. Nur wer jung, reich und gesund ist, ist willkommen. Wer arm ist, bleibt sowieso draußen. Und wer krank ist, muss so hohe Zuschläge bezahlen, dass für ihn die Versicherung viel zu teuer ist. Wie hell leuchtet dagegen das Licht der Gesetzlichen Krankenversicherung. Jeder darf kommen. Bei den Krankenkassen steht jeder für jeden ein − egal wie alt, bedürftig und behindert er ist.
Tja, schön wär's! Das hässliche Verhalten gegenüber den Versicherten der insolventen City BKK belehrt uns leider eines Schlechteren. Menschen, die sich in einer Notlage fühlen, werden von anderen Krankenkassen mit allen möglichen Scheinargumenten abgewimmelt. Die Kassen-Berater machen den City-BKK-Kunden einen Übertritt so schwer wie möglich. Da heißt es dann: Das Medikament, an das Sie gewöhnt sind, können wir Ihnen nicht bezahlen; mit diesem Hersteller haben wir keinen Vertrag. Die AOK lotst Antragsteller an eine weit entfernte Geschäftsstelle, wo sie dann mit ihren Rollatoren stundenlang in der Schlange stehen. Die Barmer schließt einfach ihren „Service"-Punkt ganz − angeblich wegen Überlastung. Die Wahrheit ist: Die Kassen wollen mit den Armen, Alten und Siechen der City BKK nichts zu tun haben.
„Schlechte Risiken" heißen die im Kassensprech. Sie bringen nichts und kosten viel. Versauen die Bilanz.
Quelle: Frankfurter Rundschau

dazu: Das ist menschenunwürdig
Vor der AOK-Geschäftsstelle stehen die Menschen stundenlang Schlange, um Mitglied werden zu dürfen.
Quelle: Berliner Zeitung

8. **Rente mit 69**
   a. **Weg in die Altersarmut**
      Rente mit 67, 69, vielleicht mal 71, darüber ließe sich ja reden, wenn der Rahmen stimmte. Wenn es Jobs für halbwegs fitte Sechziger gäbe und zugleich Chancen für Berufseinsteiger. In der realen Arbeitswelt aber ist dies nur ein kaltes Sparprogramm.
      Quelle: Frankfurter Rundschau
   b. **Mehr Wunsch als Wirklichkeit**
      Die Rente mit bis zu 69 Jahren wird von den Wirtschaftsweisen gefordert, aber sie wird vorerst nicht kommen. Denn die Voraussetzungen für die beschlossene Rente mit 67 sind längst noch nicht gegeben.

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung MB: *Was für ein unsäglicher Kommentar. Was für ein plumper Versuch, angebliche wirtschaftliche Notwendigkeiten mit einer schriftlichen Beruhigungspille zu verbinden. Was für ein phantasieloses manipulatives Agenturfotos – mal wieder die Senioren von hinten, die auf der Parkbank hocken. Über das Lobbyistengeflecht im Hintergrund des Sachverständigenrates berichtet niemand.*
S. dazu auch Wolfgang Liebs Analyse „2070 – Rente erst ab Ableben“

9. **Zivis hinterlassen große Lücken**
   Die Diakonie in Schleswig-Holstein hat für 600 ehemalige Zivi-Stellen erst zwölf freiwillige Helfer. Auch anderen Sozialverbänden droht Personalnot. Jetzt werden die Werbetrommeln gerührt.
   Quelle: taz

   Anmerkung Bernhard Hau: *Als jemand, der vor Jahren selbst Zivi war, halte ich die Abschaffung des Zivildienstes für einen großen Blödsinn – ebenso wie die Einführung des BFD zum Freiwilligen Sozialen Jahr als direkte Konkurrenz – Warum? Viele haben sich – in der Auszeit durch FSJ/Zivi – oft auch einmal umgesehen, ob ein Beruf im sozialen Bereich etwas für sie wäre. Dies fällt jetzt weg, und die Folgen lassen sich schon absehen, wie der Beitrag zeigt. Übrigens, ein Praktikum von kurzer Dauer lasse ich nicht als Ausrede gelten, denn der Zivildienst/FSJ ist länger, und war oft – auch auf die Gefahr, dass ich mich wiederhole – die Möglichkeit für junge Männer/…Frauen sich beruflich neu zu orientieren.*

10. **„Ich muss gesund sein„ Warum immer mehr Menschen ihre Krankheit verleugnen**
    2007, das Jahr der Finanzkrise, erreicht mit 3,2 Prozent ein historisches Tief beim Krankenstand. Mittlerweile ist der Krankenstand wieder leicht gestiegen – der Wirtschaft geht es besser – trotzdem wollten es Soziologen der Universität Frankfurt am Main genau wissen.
    Quelle 1: Deutschlandradio
    Quelle 2: Deutschlandradio [Audio – mp3]
11. **Sexskandal bei Ergo:”Mordsspaß” mit Prostituierten für die Truppe von Herrn Kaiser**
    VW war kein Einzelfall: beim Versicherer Hamburg Mannheimer gab es rauschende Sexpartys mit Prostituierten. Mehr als peinlich für den Mutterkonzern Ergo – und es kommen immer neue Details ans Licht.

Quelle: Handelsblatt

Anmerkung MB: *Ob Luxusbanketts mit Polit- und Unterhaltungsprominenz bei Maschmeyer oder bumsfidele Lustreisen nach Budapest bei Herrn Kaiser von der Hamburg-Mannheimer. Das Geld dafür wird von Ihnen erwirtschaftet, falls Sie der Meinung sind, eine kommerzielle Altersvorsorge aufbauen zu müssen.*
Wenn der Versicherungsvertreter mit Professorentitel Bernd Raffelhüschen wieder im Fernsehen auftritt, wird er hoffentlich danach befragt werden; er ist Aufsichtsratsmitglied bei ERGO. Aber wovon träume ich nachts …

12. **EU: Trickserei bei Entwicklungshilfe geht weiter**
Im Jahr 2010 sind mehr als fünf Milliarden Euro in die Entwicklungshilfe der EU-Länder eingerechnet worden, die niemals den Armen zugutekommen werden. Dies zeigt der neue AidWatch-Bericht des europäischen Dachverbandes entwicklungspolitischer NRO CONCORD.
So entfielen 2010 von den rund 55 Milliarden Euro Entwicklungshilfe der EU-Staaten 2,5 Milliarden Euro auf Schuldenerlasse, rund 1,6 Milliarden Euro auf ausländische Studierende und rund 1,1 Milliarden Euro auf Flüchtlinge.
CONCORD kritisiert in seinem Bericht zudem, dass die Entwicklungspolitik der EU-Länder immer stärker von innenpolitischen Interessen geleitet wird. Ganz oben auf der Agenda stehen dabei Themen wie Sicherheit, Migration und Wirtschaftsinteressen. Ein Beispiel hierfür ist etwa das entwicklungspolitische Engagement von 11 EU-Staaten in Afghanistan – darunter auch Deutschland – hinter denen sich handfeste nationale Sicherheitsinteressen verbergen würden.
Quelle 1: VENRO
Quelle 2: Challenging Self-Interest – Getting EU aid fit for the fight against poverty [PDF – 2.0 MB]
13. **Deutsche Bank finanziert Gaddafis Streubomben**
Bombengeschäfte deutscher Banken mit Streumunition gehen weiter!
Mitte April dieses Jahres haben Gaddafi-treue Regierungstruppen Wohngebiete in der libyschen Stadt Misrata mit Streumunition beschossen, wobei Menschen getötet und verletzt worden sind. Produziert wurde diese Munition vom Typ MAT 120 im Jahr 2007 von der spanischen Firma Instalaza S.A. Recherchen von urgewald und dem NRO-Bündnis FACING FINANCE decken nun auf, dass die Deutsche Bank zum Herstellungszeitpunkt der wichtigste Finanzier dieses Unternehmens war.
Die Deutsche Bank hat in letzter Zeit immer wieder betont, nichts mit Streumunition zu tun haben zu wollen. „Mit ihren Krediten an Instalaza hat die Deutsche Bank die Produktion von Streumunition unterstützt und sich somit zumindest moralisch

mitschuldig gemacht. Auch im Jahr 2007 waren die verheerenden Auswirkungen von Streumunition bereits allgemein bekannt“, so Barbara Happe von urgewald. „Instalaza ist zudem kein Einzelfall“, erklärt Happe. „Neueste Rechercheergebnisse belegen, dass die Deutsche Bank Group weiterhin Spitzenreiter unter den deutschen Banken im Geschäft mit Streumunitionsherstellern ist. Sie hält Aktien an zahlreichen führenden Streumunitionsherstellern und unterstützt sie bis heute durch Kreditvergaben und die Ausgabe von Anleihen. Damit straft die Deutsche Bank ihre eigenen Bekenntnisse Lügen, solche Transaktionen beenden zu wollen.”
Quelle: Facing Finance

14. **Unter einem schlechten Stern**
Die Daimler AG wird von ihrer Vergangenheit eingeholt: Opfer der argentinischen Militär-Junta in den siebziger Jahren werfen dem Autokonzern Kollaboration mit den damaligen Machthabern vor. Ein US-Gericht eröffnete nun das Verfahren.
Verschleppung, Folter, Mord: Die Vorwürfe, die eine Gruppe Argentinier gegen Daimler erhebt, sind an Schwere kaum zu überbieten. Der deutsche Autokonzern, so sagen sie, sei in die Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur in den siebziger Jahren verstrickt. Das Unternehmen habe unliebsame Gewerkschafter ans Messer geliefert – viele von ihnen seien nie wieder aufgetaucht.
Quelle: Süddeutsche Zeitung
15. **Krieg in Libyen**
    a. **Ärzte ohne Grenzen: Europa muss Bootsflüchtlinge aus Libyen aufnehmen**
    Die medizinische Nothilfeorganisation Ärzte ohne Grenzen hat in einem offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der EU die widersprüchliche europäische Libyen-Politik stark kritisiert. Einerseits erheben die EU-Staaten den Anspruch, mit dem Eingreifen in den Krieg Zivilisten zu schützen. Andererseits schließen sie gleichzeitig die Grenzen für die Opfer dieses Krieges – unter dem Vorwand, einen massiven Zustrom illegaler Einwanderer verhindern zu müssen.
    Der Brief wurde an Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie an führende Politiker in 13 weiteren europäischen Staaten und auf EU-Ebene verschickt und am Donnerstag in mehr als 13 europäischen Tageszeitungen veröffentlicht.
    “Die europäischen Regierungen führen Krieg in Libyen aber weigern sich, Verantwortung für die Opfer zu übernehmen. Solange die Menschen in Nordafrika gegen ihre Regierungen aufbegehren, werden sie als Vorkämpfer der Demokratie betrachtet, die man schützen und befreien muss. Wenn sie aber auf der Flucht vor Repressalien dieses Systems das Mittelmeer überqueren, sind sie plötzlich illegale Einwanderer”, sagt Frank Dörner, Geschäftsführer von Ärzte ohne Grenzen in Berlin. “Es ist beschämend, dass die Bundesregierung jegliche

Verantwortung für diese Flüchtlinge zurückweist."
Quelle: Ärzte ohne Grenzen

b. **Reisebericht: Unter den Bomben der Nato**
„Dialog von unten – statt Bomben von oben" hieß eine u.a. von Rolf Becker und Eckart Spoo initiierte Gewerkschaftsinitiative, die während des Nato-Krieges in das unter Bombenhagel liegende Jugoslawien reiste. Sie demonstrierte damit Solidarität mit den Angegriffenen und stellte der westlichen Medienpropaganda authentische Berichte vom Geschehen vor Ort entgegen. Mit dem gleichen Ziel sandte auch die Gruppe „British Civilians for Peace" eine kleine „Fact Finding"-Kommission nach Libyen. Der italienische Journalist und Dokumentarfilmer Fulvio Grimaldi hat sie begleitet. Hier sein etwas gekürzter Reisebericht.
Quelle: NRHZ

16. **G-8 verschleiern mit unseriösen Rechentricks nicht eingelöste Hilfszusagen**
Mit dem heute veröffentlichten Rechenschaftsbericht versuchen die G-8 ihre gebrochenen Versprechen bei der Entwicklungsfinanzierung zu verschleiern. 2005 hatten die G-8 auf ihrem Gipfel im schottischen Gleneagles zugesagt, dass die weltweite jährliche Entwicklungshilfe bis 2010 um 50 Milliarden US-Dollar erhöht werden soll (gemessen am Wert des Dollars von 2004). Laut OECD wurde dieses Ziel um 19 Milliarden US-Dollar verfehlt.
Die G-8 rechnen anders: In ihrem Bericht kommen sie zu dem Ergebnis, dass sie ihre Zusagen um nur zwei Milliarden Dollar verfehlt hätten. Im vergangenen Jahr seien 48 Milliarden Dollar mehr Entwicklungshilfe als noch fünf Jahre zuvor bereitgestellt worden. Die Differenz bei der Bewertung erklärt sich wie folgt: Bei der Berechnung wurde der Wert des US-Dollars in 2010 zugrunde gelegt, die Inflation damit vernachlässigt.
Quelle: Oxfam

17. **Die "Bild"-Blase**
Mächtig oder schmächtig? "Der Einfluss von 'Bild' auf die Politik wird überschätzt", meint "Spiegel"-Redakteur Markus Feldenkirchen. Eindrücke von einer Diskussion über das Springer-Blatt. "Bild"-Chefredakteur Kai Diekmann selbst schaute nicht vorbei. […]
„Zwar arbeitet ‚Bild' mit Methoden der Werbung, der PR-Kampagnen und des Marketings, hat aber auch einen journalistischen Anspruch", sagte Béla Anda, der sechs Jahre bei der „Bild" war, bevor er Regierungssprecher unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder wurde und heute Sprecher des Finanzdienstleisters AWD ist. Doch genau diese journalistischen Methoden hielten andere Teilnehmer in der von Thomas Leif geführten Diskussionsrunde für bedenklich. „‚Bild' bedient Ressentiments und populistische Vorurteile gnadenlos", sagte Tagesspiegel-Redakteur Harald Schumann.

Das Blatt besitze in Deutschland Macht über das Meinungsklima. Stereotypen werden verstärkt, bestätigte Storz. Statt zu differenzieren, sei von „den Griechen“ die Rede, Artikel würden aus der Perspektive des „deutschen Steuerzahlers“ geschrieben, der für alles bezahlen müsse. Für die Journalistin Ulrike Simon ist die „Bild“ gerade deshalb ein Leitmedium: „Denn sie zeigt, wie man Journalismus eben nicht machen soll.“
Quelle: Tagesspiegel

18. **Oscar-prämierte Doku “Inside Job” auf Blu-ray**
Sony Pictures hat die Dokumentation “Inside Job” für den 5. Mai 2011 auf DVD und Blu-ray angekündigt. Der Film von Charles Ferguson wurde in diesem Jahr mit dem Oscar als beste Dokumentation ausgezeichnet und beschäftigt sich mit der Wahrheit über die Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Die DVD enthält das englische Original, das von Matt Damon erzählt wird, in DTS HD Master Audio 5.1 mit u.a. deutschen Untertiteln, eine deutsche Synchronfassung ist nicht enthalten. Das Bonusmaterial umfasst einen Audiokommentar, eine Featurette sowie entfallene Szenen. Die Blu-ray enthält dabei rund eine Stunde an zusätzlichen Szenen mehr als das DVD-Pendant.
Quelle: Cinefacts
19. **Zu guter Letzt: Georg Schramm beim Kleinkunstpreis Baden-Württemberg 2011**
Quelle: YouTube